



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

18. Ratssitzung vom 5. Oktober 2022

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/426 und 2022/427

734. 2022/426

Postulat von Patrik Brunner (FDP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 07.09.2022:

Finanzielle Unterstützung des «incluso-LERNstudio*»

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/426 und 2022/427

***Patrik Brunner (FDP)** begründet das Postulat GR Nr. 2022/426 (vergleiche Beschluss-Nr. 580/2022): Der Stadtrat spricht dem «incluso-LERNstudio*»-Mentoringprogramm der Caritas in Eigenkompetenz 49 000 Franken zu. Dieses Mentoringprogramm unterstützt spätmigrierte Jugendliche bei der Lehrstellensuche. Wir alle wissen, wie wichtig die Lehrstelle für den beruflichen Erfolg in unserem Land ist. Es ist nur richtig, dass man jugendliche Migrantinnen und Migranten auf eine Lehrstelle vorbereitet. Das Problem ist, dass rund ein Viertel der Jugendlichen die Lehre aufgrund schulischer oder kultureller Hürden abbricht. Im Zuge der Beratung fragte ich den Stadtrat nach einer Möglichkeit, die Jugendlichen während der Lehre zu unterstützen. Das «incluso-LERNstudio*» bietet diese Möglichkeit, woraufhin Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und ich das Postulat ausarbeiteten. Das Programm «incluso-LERNstudio*» ist ein Nachhilfeprogramm, bei dem die Jugendlichen schulischen Stoff aufarbeiten können. Es kann nicht sein, dass wir 50 000 Franken für die Lehrstellensuche ausgeben und dann ein Viertel der Lehrlinge die Lehre abbricht. Wir möchten die Jugendlichen in der Lehre behalten und ihnen einen Abschluss ermöglichen und damit einen Beitrag zur Integration leisten. Mit dem Anschlussprogramm «incluso-LERNstudio*» werden etwa 70 Klientinnen und Klienten begleitet.*

***Susanne Brunner (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion am 21. September 2022 gestellten Textänderungsantrag zu Postulat GR Nr. 2022/426: Die Textänderung zielt darauf ab, dass man den Gesamtbetrag der Weisung GR Nr. 222/174 nicht erhöht. Der Beitrag soll gesprochen, das Fuder aber nicht überladen werden. Wird hier ausgebaut, muss auf einer anderen Seite der entsprechende Betrag eingespart werden. Wir kennen die Zahlen: Mit dem Budget 2023 wird ein Defizit von 173,5 Millionen Franken vorgelegt und mit dem Finanz- und Aufgabenplan 2023–26 kommen jedes Jahr rund 200 Millionen Franken dazu. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich nicht, noch mehr darauf zubuttern. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Finanz- und Budgetpolitik – nicht nur im Dezember in der Budgetdebatte, sondern jede Woche hier drinnen. Was wir im Dezember im Budget beschliessen, ist nur der Spiegel aller Entscheidungen, die wir über das ganze Jahr hindurch fällen. Vor dem Hintergrund der grossen defizitären*



Lage in den nächsten Jahren bitte ich Sie, die Textänderung zu unterstützen. Die FDP profiliert sich im Dezember gerne als die Partei, die die Finanzen im Griff hat. Wenn dem so ist, dann unterstützt sie heute die SVP beim Textänderungsantrag.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, in welchem Umfang eine finanzielle Unterstützung des Caritas «incluso-LERNstudio*» möglich ist. Die benötigten finanziellen Mittel sollen in Rücksprache mit dem Partner erhoben werden und sollen den Gesamtbetrag der Weisung 2022/174 nicht erhöhen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2022/427 (vergleiche Beschluss-Nr. 581/2022): *Sexualisierte Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung sind Realitäten. Wir müssen sie anerkennen, damit wir sie verhindern können. Als wichtiges Präventionsinstrument sollen alle Arbeitsintegrationsprogramme, mit denen wir in der Stadt im Rahmen der Sammelweisung zusammenarbeiten, ein Schutzkonzept zur Verhinderung von wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung haben. Es geht nicht darum, die Lehrstellen schlecht zu reden, sondern anzuerkennen, dass Ausbeutung und Gewalt vorkommen können – und zwar überall. Die sieben Angebote der Sammelweisung bieten unterschiedliche Massnahmen zur Arbeitsintegration und Unterstützung von Jugendlichen und Erwachsenen wie beispielsweise die Vermittlung von kurz- und mittelfristigen Arbeitseinsätzen im Privathaushalt, im Gewerbe und in Institutionen, Angebote von Lehrstellen mit Begleitung, Verbundlehrstellen und Praktika. Das sind wichtige Angebote. Die Klientinnen befinden sich aber auch in Abhängigkeiten, weil das Arbeitsmarktintegrationsprogramm häufig die letzte Chance auf einen Abschluss ist und eine finanzielle Notlage besteht. Das Machtgefälle ist deshalb massiv. Die Klientinnen und Klienten sind in einer vulnerablen Situation, vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die ihre Rechte noch weniger gut kennen. Das alles erhöht die Gefahr von Ausbeutung massiv. So kann es sein, dass ein Jugendlicher in seiner Lehrstelle zu lange arbeiten muss und zu wenige freie Tage bekommt oder in einem Privathaushalt ein sexueller Übergriff passiert, sich die Lehrlinge aber aus Angst vor dem Verlust der Lehrstelle nicht wehren können oder möchten. Konzepte zur Verhinderung von Ausbeutung und Gewalt schärfen das Bewusstsein und machen klar, dass Ausbeutung nicht toleriert wird und dass gerade bei Verbundlehrstellen und Personalausbeutungen noch einmal genauer hingesehen werden muss. Anbieterinnen und Anbieter der Arbeitsmarktintegrationsprogramme haben eine besondere Verantwortung, ihre Klientinnen und Klienten vor Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Es ist auch klar, dass ein solches Konzept Gewalt und Ausbeutung niemals ganz verhindern kann. Ein sorgfältig ausgestaltetes Konzept und die Kommunikation darüber schreckt aber potenzielle Tatpersonen ab und hilft Betroffenen, sich bei Grenzüberschreitungen, Gewalt oder Ausbeutung Unterstützung zu holen, und sorgt dafür, dass genauer hingeschaut wird. Das macht es schwieriger, Gewalt und Ausbeutungen über einen längeren Zeitraum unentdeckt auszuüben. Bei einem solchen Machtverhältnis muss für die Klientinnen und Klienten klar sein, dass sie sich mit allen Themen und allem Erlebten jederzeit an Vertrauenspersonen wenden können, ohne Angst haben zu müssen, die Lehrstelle oder den Arbeitsintegrationsplatz zu verlieren. Bei gewissen Partnerinnen und Partnern ist dafür bereits ein Bewusstsein vorhanden. Es fehlt an vielen Orten aber noch an Konzepten. Ein Konzept ist ein wichtiges Präventionsinstrument und deshalb für alle Partner sinnvoll. Wie das Konzept schlank und möglichst effektiv ausgestaltet werden kann und was es alles beinhaltet, soll das*



3 / 4

Sozialdepartement entscheiden. Die wichtigste Arbeit der Partnerinnen und Partner kann so gestärkt und die Arbeitsmarktintegration noch erfolgreicher werden.

Susanne Brunner (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. September 2022 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2022/427: *Auch wenn das Postulat gut gemeint ist, ist es nicht gut. Es macht keinen Sinn, Institutionen, die sich um die Arbeitsmarktintegration bemühen, mit neuen und zusätzlichen Aufgaben zu belasten. Ich gehe davon aus, dass die Institutionen mit dem Kontraktmanagement des Sozialdepartements im Kontakt sind. Ich denke, es bestehen bereits Beziehungen und wir können nicht davon ausgehen, dass die Arbeitgeber den Klientinnen und Klienten nicht gut gesinnt sind. Natürlich müssen Fälle gemeldet und behandelt werden können. Wir möchten mit unserer Ablehnung aber die Institutionen vor neuen Lasten bewahren, die Folgekosten mit sich bringen.*

Patrik Brunner (FDP) ist mit der Textänderung zu Postulat GR Nr. 2022/426 nicht einverstanden: *Die FDP achtet darauf, dass Steuergeld sparsam ausgegeben wird. Wir möchten Steuergeld aber nicht nur sparsam, sondern auch intelligent ausgeben. Die rund 60 000 Franken werden hier sehr intelligent ausgegeben, weil es um junge Menschen geht, die eine Lehre machen möchten, aber gewisse Hürden haben. Sie sollen in ihrer Ausbildung unterstützt werden. Diese jungen Menschen werden später gute Arbeitnehmende und noch bessere Steuerzahler und das Geld kommt somit wieder zurück. Deshalb lehnen wir den Textänderungsantrag ab.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

735. 2022/427

Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Patrik Brunner (FDP) vom 07.09.2022:

Vertragspartnerinnen und Vertragspartner für die Arbeitsintegrationsangebote, Schutzkonzepte zur Verhinderung von sexueller und wirtschaftlicher Ausbeutung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/426, Beschluss-Nr. 734/2022.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 581/2022).

Susanne Brunner (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. September 2022 gestellten Ablehnungsantrag.



4 / 4

Das Postulat wird mit 91 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat